



Jahresbericht Israel und besetzte Gebiete 2013

Im Januar verweigerte sich Israel als erstes Land der Welt dem Universal Periodic Review, einem Werkzeug der UN-Menschenrechtskommission, das auf Kritik aus Israel zurückgeht. Im Oktober hat Israel vor allem auf Druck europäischer Staaten eingewilligt, sich der nächsten Sitzung zu stellen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Diskriminierung von Beduinen und Palästinensern, die Anwendung von Folter, die Verantwortlichkeit für bewaffnete Übergriffe in den Palästinensergebieten, die Administrativhaft, die Behandlung von Asylbewerbern, Gewalt gegen Frauen und die Haftbedingungen von Jugendlichen.

AI zufolge befanden sich Ende August 2013 noch 134 Personen in Administrativhaft. Untersuchungen von Kriegsverbrechen sind nur äußerst mangelhaft durchgeführt worden.

Es kam zu zahlreichen Vorfällen exzessiver Polizeigewalt gegenüber Palästinensern, die gegen die Vertreibungspolitik von Israels Regierung protestierten. Die UN haben allein in den ersten zwei Monaten des Jahres über 1000 Verletzungen dokumentiert, die Palästinensern durch die israelischen Sicherheitskräfte angetan worden waren. Verletzten wurde medizinische Hilfe verweigert. Die Protestierenden wurden brutal geschlagen, nachdem sie aus Sicht der Journalisten waren. Gummigeschosse, die zur Auflösung von Protesten eingesetzt werden, besitzen einen Metallkern und können daher tödlich sein. AI hat einen entsprechenden Todesfall dokumentiert. Außerdem setzen die Sicherheitskräfte große Mengen Tränengas ein, das in die Häuser eindringt und das Vieh tötet. Bei Zusammenstößen dieser Art sind dieses Jahr mindestens acht Palästinenser getötet worden, darunter zwei Jugendliche.

Im April wurde von israelischer Seite entschieden, die 65 Fälle des militärischen Missbrauchs während der achttägigen militärischen Aktion im Gazastreifen nicht durchzuführen. 15 Fälle werden weiterhin untersucht, Details hierüber sind nicht bekannt.

Im Februar starb der Gefangene Arafat Jaradat unter ungeklärten Umständen in Haft. Es ist wahrscheinlich, dass er zuvor gefoltert worden war.

Israel deportiert zudem regelmäßig Asylsuchende in ihre Herkunftsländer oder Drittländer einzustellen. Dies betrifft vor allem Eritreer, die vor dem Wehrdienst fliehen, und Sudanesen. In diesen Ländern drohen ihnen Folter und Haft.

Auch die palästinensischen Behörden wenden Folter und exzessive Polizeigewalt an. So wurden zwei junge Männer zum Tode verurteilt. Beide sollen gefoltert worden sein, um Geständnisse von ihnen zu erpressen. Einer der beiden soll laut seinem Anwalt an seinen

Handgelenken und Knöcheln aufgehängt worden sein. Folter und Misshandlung ist in den Haftanstalten der Hamas weit verbreitet. So gab die Familie eines im Jahr 2012 gehängten Mannes an, dass ihm bei der Untersuchung die Fingernägel ausgerissen worden seien. Auch einer der beiden Männer, die im Juni 2013 hingerichtet worden waren, soll gefoltert worden sein.

Im Oktober sollte zudem ein zum Tatzeitpunkt offensichtlich jugendlicher Straftäter hingerichtet werden. Er wurde 2012 zum Tode verurteilt und soll gefoltert worden sein, um ein Geständnis zu erpressen.

Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten war es im Juli zu zahlreichen Verletzten gekommen, mindestens 5 mussten im Krankenhaus behandelt werden. Kein Polizist wurde für die Zusammenstöße juristisch verfolgt. Im Laufe des Jahres waren bereits zwei Menschen bei Polizeieinsätzen unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommen.